

(Gute) Arbeit

Arbeitsagenturen sehen zunehmende Bedeutung von Transformationsproblemen

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Der deutsche Arbeitsmarkt gerät zunehmend unter Druck. Neben der hartnäckigen Konjunkturschwäche nimmt seit spätestens Ende 2023 der Einfluss von Transformationsproblemen auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit stark zu. Besonders betroffen ist die Industrie, die sich in einer tiefgreifenden Transformation befindet. Das zeigt eine Befragung der Arbeitsagenturen, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in einer am Donnerstag veröffentlichten Studie ausgewertet hat.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news846195>

Klima & Sozial-ökologische Transformation

Grüner Wasserstoff: Große Lücken zwischen Ambition und Umsetzung

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

Mehr als 60 Länder haben in den letzten Jahren Strategien entwickelt, um den Markthochlauf von Wasserstoff, insbesondere im Industriesektor, anzukurbeln. Doch laut einer im Fachmagazin "Nature Energy" veröffentlichten Studie, wurden 2023 weniger als zehn Prozent der angekündigten grünen Wasserstoffproduktion realisiert. Der Hauptgrund: Wasserstoff ist ein teures Gut, für das es wenig Zahlungsbereitschaft gibt. Adrian Odenweller und Falko Ueckerdt vom PIK bestimmen diese Wettbewerbsslücke für alle 1232 global angekündigten Wasserstoffprojekte. Sie plädieren für eine robuste politische Strategie, die auf realistischen Erwartungen an Wasserstoff basiert und die Umsetzungslücke schließt.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news845566>

Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Szenarien für die Erreichung der Emissionsziele

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Die Potenzialwachstumsrate der deutschen Wirtschaft ist rückläufig. Nach der mittelfristigen Projektion des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) dürfte das Produktionspotenzial in der mittleren Frist (2023–2029) jahresdurchschnittlich nur um 0,3 % zunehmen. Das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 dürfte ohne weitere emissionsmindernde Maßnahmen deutlich verfehlt werden. Es könnte über höhere CO₂-Preise mittels Verknappung von Emissionsrechten zu deutlich niedrigeren gesamtwirtschaftlichen Kosten erreicht werden als über nicht marktbasierende Maßnahmen des Ordnungsrechts.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news845867>

Leuphana hat die Nachhaltigkeit der niedersächsischen Kommunen untersucht

Leuphana Universität Lüneburg

Klimaschutzmaßnahmen gewinnen an Bedeutung

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news846218>

Digitalisierung & KI

Rechtliche Bewertung von KI und Learning Analytics in Lehren und Lernen

Goethe-Universität Frankfurt am Main

Gutachten der Goethe-Universität berücksichtigt sowohl Landes- als auch Bundesrecht sowie den kommenden EU AI Act.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news845728>

IfM-Podcast zur KI-Herausforderung im Mittelstand

Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn

Welche Chancen bietet die Künstliche Intelligenz (KI) für den Mittelstand? Welche Rahmenbedingungen begünstigen ihre Anwendung in den Unternehmen? Im aktuellen Podcast "The rise of Artificial Intelligence: Challenges and Opportunities for SMEs" legen international renommierte Entrepreneurshipforscherinnen und Forscher auf Basis ihrer wissenschaftlichen Studien dar, wie der Einsatz in der Wirtschaft gesteigert werden kann.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news846304>

Politik & Gesellschaft

Kommunen wollen viele Sportstätten offenhalten

Deutsches Institut für Urbanistik

Laut einer aktuellen Sonderbefragung im Rahmen des „KfW-Kommunalpanel 2025“ streben Kommunen an, so viele Sportstätten wie möglich weiterhin offen zu halten, um ihr vielfältiges Angebot zu sichern. Dieses Ziel wird jedoch angesichts des Investitionsrückstands in Sportstätten zunehmend schwieriger.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news845609>

EU-Agrarpolitik: Umgestaltung der Agrarsubventionen beeinflusst Verhältnis der Landwirt*innen zum Staat

Humboldt-Universität zu Berlin

Agrarpolitologen der Humboldt-Universität zeigen in einer Fallstudie, welche Folgen die Anpassungen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU für die Rolle von Agrarbetrieben in der Gesellschaft haben und liefern damit auch eine Erklärung für die Bauernproteste

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news845589>

Analoge Medien bleiben gerade auch für ältere Menschen weiterhin sehr wichtig

Deutsches Zentrum für Altersfragen

Medien sind selbstverständlicher Teil unseres Alltags. Dabei sind Medien sehr vielfältig: Klassische

Medien wie Zeitung, Fernsehen und Buch konkurrieren mit einem modernen Medium wie dem Internet, das sowohl neue Formate hervorbringt als auch traditionelle Medien in neuer Form anbietet (E-Books, E-Zeitungen, Internetradio, Streamingdienste). Doch wie steht es um die Mediennutzung in der zweiten Lebenshälfte?

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news845573>

Neue Studie: Digitale Gewalt schreckt Menschen ab, politische Verantwortung zu übernehmen

Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt)

Die Mehrheit der befragten politisch engagierten Menschen hat schon digitale Gewalt erlebt. Von den betroffenen Frauen hat fast ein Viertel schon einmal Androhungen sexueller Gewalt z. B. Vergewaltigungsdrohungen erhalten. Der Hälfte der betroffenen Männer wurde bereits mit anderen Formen körperlicher Gewalt gedroht, wie Schläge oder Mord. Zu diesen Erkenntnissen kommt die heute veröffentlichte Studie „Angegriffen & alleingelassen“ der Technischen Universität München (TUM), die in Kooperation mit der Menschenrechtsorganisation HateAid entstanden ist und durch das Bayerische Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gefördert wird.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news845761>

Wen die Parteien entlasten würden

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

Das ZEW Mannheim hat berechnet, wie sich die Parteiprogramme zur Bundestagswahl finanziell auf Privathaushalte auswirken. Demnach entlasten die vorgeschlagenen Steuersenkungen von FDP, CDU/CSU und AfD höhere Einkommensklassen deutlich, während die Programme von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Linken und BSW besonders für untere und mittlere Einkommen einen Zuwachs beim Einkommen bedeuten.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news845949>